

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Anstalt: Amt Dresden Nr. 51307
Zentr.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Konto: Stadtbank Dresden, Giro-Konto Nr. 656
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpönitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co. Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache für den übrigen Inhalt Eugen Berner beide in Dresden.

Anzeigen werden die 5-spaltige Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseratsbeiträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige zu zahlen. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anrechnung gebracht. Rabattpfand erlischt: d. veripat. Zahlung, Frage od. Kontur d. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
92. Jahrgang

Nr. 288

Donnerstag, den 11. Dezember

1930

Der Ladenschluß am Heiligen Abend

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstags hat gestern einen Antrag angenommen, wonach für offene Verkaufsstellen der Ladenschluß am Heiligen Abend allgemein auf 5 Uhr festgelegt wird, auch wenn die Verkaufsstellen keine Angestellten beschäftigen; bis zu einer halben Stunde nach Ladenschluß dürfen noch anwesende Käufer bedient und Aufäumungsarbeiten geleistet werden.

Der Beschluß bedeutet, daß die bisher geltende Ausnahme für Lebens- und Genussmittelgeschäfte und für Geschäfte ohne Angestellte, die bis 6 Uhr offen halten durften, beseitigt wird. Weiter beschloß der Ausschuss, daß alle Gaststätten, auch solche die keine Angestellten beschäftigen, am Heiligen Abend um 7 Uhr schließen müssen; auch hier dürfen die anwesenden Gäste noch eine halbe Stunde nach der Schließzeit bedient und Angestellte zu Aufäumungsarbeiten herangezogen werden. Die Landesbehörden können bestimmen, daß für die Beförderung und Verbergung ortsfremder Personen eine den Bedürfnissen entsprechende Regelung getroffen wird.

Die Reichspost erwägt:

Die Telegraphen-Union erfährt, wird der Reichsausschuss des Verwaltungsrates der Reichspost am 18. Dezember zusammenzutreten, um Vorschläge auf Ermäßigung der Postgebühren und Postgebühren, sowie der Fernsprechnetze und Fernsprechnetze auszuarbeiten.

Die SPD. ruft nach einem Kartellgesetz

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Entwurf eines Kartell- und Monopolegesetzes als Initiativantrag eingebracht. In dem Gesetz wird die Reichsaufsicht über Kartelle, monopolistische Kongerne und monopolistische Einzelunternehmungen festgelegt. Zweck der Reichsaufsicht soll sein, Schädigungen von sozialen und gesamtwirtschaftlichen Interessen sowie des Gemeinwohls zu verhindern und Zusammenschlüsse und Vereinbarungen im sozialen Interesse, im Interesse der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls zu fördern.

Die Städte fühlen sich benachteiligt

Der Gemeindevorstand des Reichsstädtebundes sah am Mittwoch eine Entschädigung, in der es heißt, daß er in der Notverordnung vom 1. 12. im ganzen einen Schritt zur Sicherung von Wirtschaft und öffentlichen Finanzen setze. Er vermisst jedoch ausreichende Maßnahmen zur Sicherstellung der kommunalen Finanzwirtschaft. Der Vorstand hätte eine sofortige Ergänzung der Notverordnung, durch die den Gemeinden schon für das laufende Rechnungsjahr entweder die Steuern für die Wohlfahrtsverbände und die Krisenunterstützung abgenommen oder ausreichende Mittel zu deren Bestreitung bereitgestellt werden, für erforderlich.

In der Sitzung wurde weiter festgestellt, daß eine Verlängerung der Schulpflicht nur dann in Frage kommen könne, wenn den Gemeinden die dadurch entstehenden Kosten restlos erstattet würden.

Hochgehende Wogen der Erregung im Reichstag

Rennt sich das Arbeit für's Volk?

Man hatte von der Mittwochssitzung des Reichstages, die vor allem der ersten Lesung des Entwurfs eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches galt, erwartet, daß sie nach den Stürmen der letzten Tage ruhig verlaufen würde. Das Gegenteil trat ein. Schon bei Beginn der Tagesordnung gab es eine Ueberraschung. Der Fraktionsführer der Nationalsozialisten, Abg. Fric, protestierte gegen die Verlesung seines Parteigenossen Dr. Fabricius und verlangte seine sofortige Freilassung.

Der sofortigen Beratung des Antrages wird von Sozialdemokraten unter stürmischen Plausibus der Nationalsozialisten widersprochen.

Dr. Fric verlangt jetzt sofortigen Zusammentritt des Reichstages. Da dieser nur nach Beratung der Sitzung erfolgen kann, wird im Gesamtsitzung darüber abgestimmt. Mit 214 gegen 187 Stimmen wird die Beratung beschlossen und die nächste Sitzung auf eine halbe Stunde später angelegt. Im Reichstagsrat wird der Widerspruch gegen die Haftentlassung Dr. Fabricius aufgegeben.

In der neuen Sitzung sprach der greise Vorkämpfer des neuen Strafrechtswurfs, Geheimrat Kahl, zu dem Gesetz und fand rege Zustimmung auch bei Staatssekretär Joel, der ihm den Dank für seine bahnbrechende Arbeit aussprach. Als der kommunistische Abg. Dr. Löwenthal jetzt die Rednertribüne betrat, änderte sich das bisher noch einigermaßen ruhige Bild der Sitzung.

Durch schwere Angriffe des Redners gereizt, veranstalteten die Nationalsozialisten große Sturmisenen.

Sie rufen: „Unverschämter Judenjunge!“ und „Was geht die Juden das deutsche Recht an!“ Es hagelt Ordnungsrufe. Darauf brechen sich die Nationalsozialisten auf ihren Bänken um, so daß sie dem Redner den Rücken zuehren, eine bisher noch nicht geübte Methode parlamentarischer Nichtachtung. Als die Kommunisten dagegen protestieren, rufen die Nationalsozialisten: „Es riecht uns zu sehr nach Knoblauch.“

Die Tumulte bei der Rede des Kommunisten werden bei weitem durch die

Sturmisenen, die der nationalsozialistische

Abg. Dr. Frank durch seine Rede entsefelt, übertroffen.

Er beginnt mit den Worten: „Der Proletarier Löwenthal hat die echt jüdische Unverschämtheit belesen...“ Präsident Lohse ruft ihn zur Ordnung. Frank wiederholt den Satz. Er wird nochmals zur Ordnung gerufen. Die Kommunisten erzeugen eine Unruhe, die es dem Redner unmöglich macht, sich verständlich zu machen. Präsident Lohse droht mit Ausschließung und macht auch den Redner auf die Folge weiterer Ordnungsrufe aufmerksam. Trotzdem mähigt sich Dr. Frank nicht. Unter großem Tumult ruft er dem Zentrum zu: „Wir Nationalsozialisten verwahren uns dagegen, daß das Zentrum die falsche Kirche in widerwärtiger Weise zu innerpolitischen Zwecken mißbraucht.“ Präsident Lohse entgeht nun dem Redner das Wort, der lachend unter dem Beifall seiner Parteifreunde auf seinen Platz zurückkehrt.

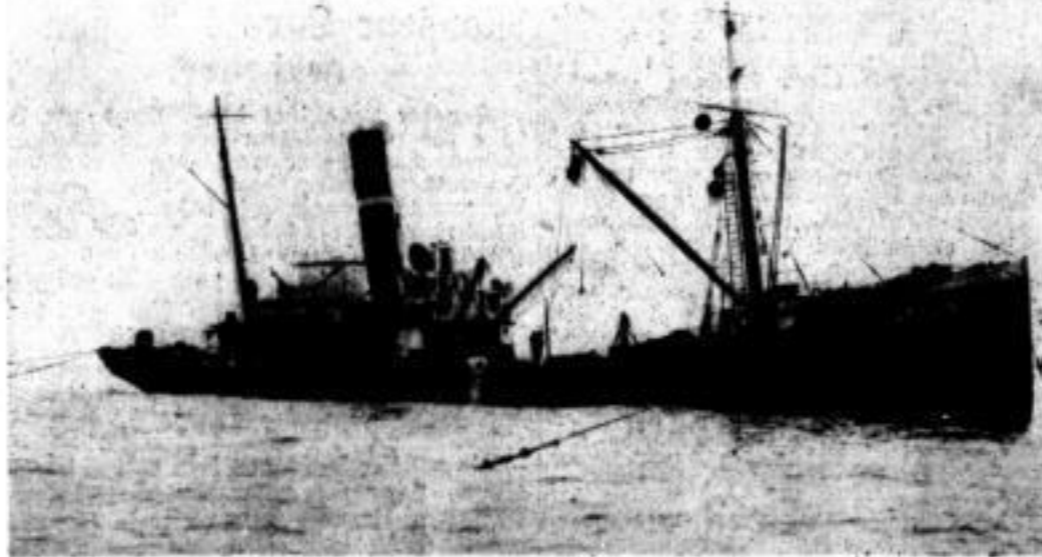
Bei der Rede des Sozialdemokraten Dr. Rosenberger kommt es zu neuen schweren Tumulten. Ein nationalsozialistischer Abgeordneter muß dabei wegen tätlicher Bedrohung des Redners aus dem Saale gewiesen werden. Als Präsident Lohse dem greisen Geheimrat Kahl das Wort zu einer Schlussrede erteilt, betrat der alte Volksparteiler tiefbewegt die Tribüne. Er sprach die Meinung der Mehrheit des Hauses aus, als er erschütternd eindringlich ausrief:

„Ich verzichte auf ein Schlusswort mit Rücksicht auf den unglaublichen Tiefstand der Diskussion.“

Vor Beginn der Sitzung war sich der Reichstagsrat darüber schlüssig geworden, die Reichstagsitzung bis Sonnabend zu verlängern, da eine große Anzahl von neuen Anträgen und Gesetzentwürfen eingegangen sind.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Vorlage über die Strafrechtsreform dem Ausschuss überwiesen.

Bei der ersten Beratung des Personalarbeitsgesetzes erglenteit sich erneut Zwischenfälle. Im Laufe der Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten verurteilte der nationalsozialistische Abgeordnete Dreher mit drohend erhobenen Händen auf die Sozialdemokraten loszusprechen. Er wurde aber von seinen Parteifreunden festgehalten, denen es nur mit Mühe gelang, ihn zu beruhigen. Das Personalarbeitsgesetz wurde schließlich dem Hausparlament überwiesen.



Die Explosion des italienischen Hebungsschiffes „Artiglio“

Wie mitgeteilt, ist das italienische Hebungsschiff „Artiglio“, das in diesem Jahr u. a. den mit einer Goldladung während des Krieges versenkten Dampfer „Egypt“ gehoben hatte und sich wiederum bei Hebungversuchen in der Nähe der Insel Quait befand, in die Luft gesprungen. Die „Artiglio“ arbeitete mit Sprengmaterial, das die Munitionsladung des gesunkenen Schiffes zur Explosion brachte. Wie es heißt, war dem Kapitän nicht bekannt, daß der gesunkene Dampfer Munition an Bord hatte. Von der Besatzung wurden 14 Seeleute getötet und 7 schwer verletzt. — Unser Bild zeigt die „Artiglio“ bei den Bergungsarbeiten.

Bei der Aussprache über die Tagesordnung der Donnerstagssitzung wurden

die Anträge der Deutschnationalen, die Mißtrauensanträge gegen die Reichsminister Birth, Curtius und Treutmann auf die Tagesordnung zu setzen, abgelehnt.

ebenso der Antrag auf Streichung der Vollgeldezuschüsse für Preußen. Auch der nationalsozialistische Antrag, am Donnerstag eine außerordentliche Aussprache herbeizuführen, wurde abgelehnt. Der Ablehnung verfiel ferner der Antrag, den deutschnationalen Antrag auf Aufhebung des Republikhaushaltgesetzes auf die Tagesordnung der Donnerstagssitzung zu setzen.

Fabricius schon abgeurteilt

Bei der Verhandlung gegen den anlässlich der Remarqueunruhe am Dienstagabend verhafteten nationalsozialistischen Abgeordneten Regierungsrat Fabricius vor dem Schwurgericht wurde der Angeklagte wegen Liebetretung der Berliner Straßenordnung zu 30 Mark und wegen Beamteneleidigung zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Bei der Zeugenernehmung gab Kommandeur Heilmannsborg zu, daß die Verhaftung von Fabricius auf seine Veranlassung erfolgt wäre, da es nicht möglich gewesen wäre, den die polizeilichen Amtsausführungen störenden Fragesteller zur Ruhe zu bringen oder zu entzernen.

Regierungsrat Fabricius führte zu seiner Verteidigung aus, daß er seine wiederholten drängenden Fragen wegen des Schließens nur getan habe, um den Kommandeur Heilmannsborg auf diesen Vorfall aufmerksam zu machen. In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus, daß das Verbot für den vorliegenden Straßenzweig eine Freiheitsstrafe nicht für notwendig erachtet. Regierungsrat Fabricius ist aus der Haft entlassen worden.

Gegen das Urteil haben sowohl die Verteidigung als auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt.

Betrug, der wieder gutgemacht werden muß

Der Bund heimattreuer Oberschlesier, Freisinn Sachien, bittet uns um Aufnahme folgender Ausführungen, deren Inhalt jeden Deutschen angeht.

Die Zerstörung der Vorgänge in dem an Polen abgetretenen Teil von Oberschlesien, anlässlich der Wahlen, haben auf deutscher Seite einen Sturm der Entrüstung entfesselt, der in allen Bevölkerungsschichten, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit gleich stark ist und der auch im Ausland, und zwar nicht nur in neutralen Staaten, einen Widerhall gefunden hat.

Die deutsche Minderheit, der auf Grund des Genfer Abkommens die freie und ungehinderte Ausübung des Wahlrechts gewährleistet ist, wurde so ungeheuerlich terrorisiert, daß von einem Wahlrecht überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann. Die Aufständischenverbände haben die Deutschen durch Drohungen und Gewaltanwendungen ebenso wie die polnischen Behörden durch Willkürakte jeder Art an der Ausübung des Wahlrechtes behindert und dadurch

erreicht, daß 108 000 Deutsche in Oberschlesien am 23. November 1930 der Wahlurne ferngeblieben sind.

Acht von fünfzehn im aufgelösten früheren Sejm vertretenen deutschen Abgeordneten sind nicht wieder gewählt worden.

Bei den Wahlen im Jahre 1928 konnte die deutsche Wahlgemeinschaft noch 88 Wahlversammlungen in Oberschlesien abhalten. Diesmal fand nicht eine einzige Versammlung der Deutschen aus begründlichen Gründen statt. Ueberfälle, Drohungen